

So will die FDP die Wohnungsnot bekämpfen

Kreis soll Betriebswohnungen für OSK-Mitarbeiter in Ravensburg, Bad Waldsee und Wangen bauen

RAVENSBURG (vin/sz) - Die FDP-Fraktion im Ravensburger Kreistag lässt nicht locker: Nachdem ihr Antrag zur Errichtung von Betriebswohnungen für Krankenhausmitarbeiter auf Grundstücken des Eigenbetriebs IKP in Bad Waldsee, Ravensburg und Wangen an die zuständigen Ausschüsse verwiesen wurde, haben die Liberalen ihren Antrag erweitert. Sie wollen damit nicht nur die Wohnungsnot mildern, sondern der Oberschwabenklinik (OSK) auch zu mehr Personal verhelfen.

Alle politischen Parteien und die Freie Wählervereinigung hätten in ihren Parteiprogrammen zur Wahl des Kreistags und der Gemeinderäte versprochen, sich der Beseitigung der Wohnungsnot anzunehmen, erinnert die FDP die anderen Gruppierungen an ihre Wahlversprechen.

„Fortsschritte beim Bau bezahlbarer Wohnungen werden deshalb nicht erzielt, weil die hierfür erforderlichen Baugrundstücke nicht zur Verfügung stehen“, so Fraktionschef Daniel Gallasch.

Im Bereich aller drei Krankenhäuser würden aber bebaubare Grundstücke zur Verfügung stehen. „Soweit diese für andere Nutzungen vorbehalten werden, müssen diese anderen Nutzungen aufgegeben werden.“

Der Personalmangel sei ein zunehmendes Problem im Bereich aller drei Krankenhäuser, begründen die Liberalen ihren Antrag. „Betten müssen teilweise außer Betrieb genommen werden, weil das erforderliche Personal fehlt. Gerade Pflegepersonal, aber auch junge Ärzte sind auf bezahlbare Wohnungen angewiesen. Sie werden sich bei der Wahl zu-

weisen mehreren Angeboten für den Arbeitgeber entscheiden, der bezahlbaren Wohnraum in Form von Personalwohnungen zur Verfügung stellen kann“, so Gallasch. „Dies umso mehr, wenn diese Wohnungen in unmittelbarer Nähe der Arbeitsplätze liegen, sodass An- und Abfahrtswege und der damit verbundene Zeitaufwand ebenso wie die Transportkosten entfallen.“

Zudem würde mit den Betriebswohnungen die allgemein hohe Fluktuation in der Branche abgemildert. Gallasch: „Wegen der rechtlichen Ausgestaltung als Betriebswohnung kann ebenfalls erreicht werden, dass Personal etwa wegen besserer Angebote anderer Krankenhäuser nicht unüberlegt kündigt. Denn der Wechsel des Arbeitsplatzes führt zu einem Verlust der preisgünstigen Wohnung.“

Als weiteres Argument dient eine gesetzliche Änderung im Steuerrecht, wie der frühere Notar und FDP-Kreisrat Roland Dieterich erklärt: Ab 1. Januar 2020 könnten Betriebswohnungen ein Drittel unter der ortsüblichen Vergleichsmiete angeboten werden, ohne dass sich die Arbeitnehmer diese Vergünstigung als geldwerten Vorteil anrechnen lassen müssten. „Die OSK könnten also ihren Mitarbeitern lohnsteuerfrei Zuwendungen erheblichen Werts zukommen lassen und erringt damit einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil auf dem Gebiet der Beschaffung und des Haltens von Personal.“

Um die Projekte anzuschließen, müssten Architekten mit der Voruntersuchung beauftragt werden. Aus Sicht der FDP werden dafür Mittel in Höhe von 50 000 Euro pro Standort

in den Haushalt einzustellen sein, was die Liberalen beantragen wollen. Allerdings gibt es einen Haken: Die OSK braucht diese Wohnungen offenbar gar nicht. Laut Pressesprecher Winfried Leiprecht stellen der Bau- und Sparverein beziehungsweise das Studentenwerk Weiße Rose in Ravensburg jetzt schon 88 Zimmer zur Verfügung, die von Krankengeschültern, FSJlern, Praktikanten oder Medizinstudenten im Praktikum genutzt werden.

Dort wohnt kurzfristig auch schon mal ein Arzt, bevor er eine eigene Wohnung findet. In Wangen und Bad Waldsee betreibe der IKP eigene Wohnheime. Da die meisten noch nie jemand eine Stelle abgelehnt, weil er keine Wohnung gefunden hat, sagt Leiprecht und fügt diplomatisch hinzu: „Eigene Wohn-

raum für Beschäftigte halten wir nicht vor, das ist bislang keine der Kernaufgaben der OSK. Unser jetziger Zimmerbedarf ist vollumfänglich abgedeckt.“

Er hält es überdies nicht für klug, jeden freien Quadratmeter auf dem EK-Gelände mit Wohnungen zuzupflastern. Auf dem ehemaligen Huberschrauberlandeplatz sei mittelfristig ein neues Verwaltungsgebäude geplant, und einige Flächen müssten für die medizinische Weiterentwicklung frei bleiben.

Der Haushalt des Landkreises wird während der Sitzung des Kreistages am Dienstag, 19. November, um 14.30 Uhr in der Schenk-Konrad-Halle in Baitod eingebracht und voraussichtlich im Dezember verabschiedet.